

Liberales Studenten Initiative (LSI)

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen" (Drucksache 10/1341) sowie zum Gesetzentwurf der Landesregierung "Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Fachhochschulgesetzes sowie Gesetz über die Kunsthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen" (Drucksache 10/1769).

Die Stellungnahme der LSI bezieht sich auf den Entwurf der CDU und den Artikel 1 des Entwurfes der Landesregierung, der im folgenden als SPD-Entwurf bezeichnet wird.

§ 71 ff:

Die in dem SPD-Entwurf in den §§ 71-79 beabsichtigten Änderungen werden von der LSI abgelehnt.

Entsprechend dem SPD-Entwurf soll die Studentenschaft einer Universität in Zukunft autonom entscheiden, ob und in welcher Form Fachschaften eingerichtet werden. Damit wird ohne Not die Existenz einer ganzen Reihe erfolgreich arbeitender Fachschaften auf leichtsinnige Weise in Frage gestellt. Die zur Zeit in den nordrhein-westfälischen Studentenparlamenten mehrheitlich bestimmenden linksextremen Gruppierungen (hier muß allerdings hinzugefügt werden, daß diese Mehrheiten in der Regel nur durch die tatkräftige Unterstützung der Juso-Hochschulgruppen zustande kommen können) sind nicht daran interessiert, eine nach rechtsstaatlichen Prinzipien organisierte Fachschaftsarbeit zu dulden. Nach Auffassung der LSI leisten die auf der Grundlage der geltenden gesetzlichen Bestimmungen gewählten Fachschaftsräte eine für die Studenten mindestens so wichtige Arbeit wie die ASTEN.

Die in dem CDU-Entwurf geforderte Mindestwahlbeteiligung von 25% bei Wahlen zum Studentenparlament, damit die Rechte der Studentenschaft nicht für ein Jahr zum Erliegen kommen, wird von der LSI abgelehnt. Dieser Vorschlag trägt mit Sicherheit nicht dazu bei, das Interesse der nordrhein-westfälischen Studenten an der Mitwirkung in ihren Selbstverwaltungsorganen zu steigern.

Die im CDU-Entwurf für § 77 geforderte obligatorische Briefwahl zum Studentenparlament findet dagegen die volle Unterstützung der LSI, da sich solche Briefwahlen an einigen Universitäten schon hervorragend bewährt haben (z.B. Uni Münster, Wahlen zum Konvent und Senat)